

PROJECT SYNDICATE

THE WORLD'S OPINION PAGE

BUSINESS & FINANCE



JOSEPH E. STIGLITZ

Joseph E. Stiglitz, a Nobel laureate in economics and University Professor at Columbia University, was Chairman of President Bill Clinton's Council of Economic Advisers and served as Senior Vice President and Chief Economist of the World Bank. His most recent book, co-authored with Bruce Greenwald, is *Creating a Learning Society: A New Approach to Growth,*

Development, and Social Progress.

MAY 13, 2015

Geheime Machtübernahme durch die Konzerne

NEW YORK – Die Vereinigten Staaten und die Welt führen derzeit eine große Debatte über neue Handelsvereinbarungen. Derartige Verträge wurden früher als „Freihandelsabkommen“ bezeichnet; tatsächlich waren es *gelenkte* Handelsvereinbarungen, die auf die Interessen der Konzerne vor allem in den USA und der Europäischen Union zugeschnitten waren. Heute werden derartige Vereinbarungen häufig als „Partnerschaften“ bezeichnet – wie etwa im Falle der Trans-Pazifischen Partnerschaft (TPP). Doch es sind keine gleichberechtigten Partnerschaften: Faktisch diktieren die USA die Bedingungen. Zum Glück leisten Amerikas „Partner“ zunehmend Widerstand.

Es ist unschwer erkennbar, warum. Diese Übereinkommen reichen deutlich über den Handel hinaus; sie regeln auch Investitionen und geistiges Eigentum und zwingen den Rechts-, Justiz- und Regulierungssystemen der beteiligten Länder grundlegende Änderungen auf – und zwar ohne Einfluss oder Rechenschaftspflicht demokratischer Institutionen.

Der vielleicht unfairste – und unehrlichste – Bestandteil derartiger Übereinkommen betrifft den Investorenschutz. Natürlich müssen Investoren vor schurkischen Regierungen geschützt werden, die sich ihr Eigentum einverleiben. Aber darum geht es bei diesen Bestimmungen nicht. Es hat in den letzten Jahrzehnten sehr wenige Enteignungen gegeben, und Investoren, die sich dagegen absichern wollen, können eine Versicherung bei der zur Weltbankgruppe gehörenden Multilateralen Investitions-Garantie-Agentur abschließen. Die USA und andere Länder bieten ähnliche Versicherungen an. Trotzdem verlangen die USA die Aufnahme derartiger Bestimmungen in die TPP, obwohl viele ihrer „Partner“ Mechanismen zum Schutz des Eigentums und Rechtssysteme haben, die so gut sind wie ihre eigenen.

Die wahre Absicht dieser Bestimmungen besteht darin, Gesundheits-, Umwelt-, Sicherheits- und sogar Finanzaufsichtsregeln auszuhebeln, die Amerikas eigene Volkswirtschaft und Bürger schützen sollen. Die Unternehmen können die Regierungen auf vollständige Entschädigung für jede Verringerung *erwarteter* künftiger Gewinne verklagen, die aus aufsichtsrechtlichen Änderungen herrührt.

Dies ist keine bloße theoretische Möglichkeit. Philip Morris verklagt derzeit Uruguay und Australien, weil diese Warnetiketten auf Zigarettenschachteln vorschreiben. Zugegebenerweise gingen beide Länder etwas weiter als die USA und schrieben die Einbindung von drastischen Bildern vor, die die Folgen des Zigarettenkonsums zeigen.

Diese Etikettierung funktioniert. Sie hält vom Rauchen ab. Daher verlangt Philip Morris nun eine Entschädigung für entgangene Gewinne.

Wenn wir in Zukunft entdecken, dass irgendein anderes Produkt gesundheitliche Probleme verursacht (man denke an Asbest), könnten die Hersteller, statt Klagen für die *uns* auferlegten Kosten fürchten zu müssen, die Regierungen verklagen, weil diese sie hindern, noch mehr Menschen umzubringen. Dasselbe könnte passieren, wenn unsere Regierungen stringenter Bestimmungen erlassen, um uns vor den Folgen von Klimagasemissionen zu schützen.

Als ich damals Vorsitzender des wirtschaftlichen Beraterstabes von US-Präsident Bill Clinton war, versuchten Gegner des Umweltschutzes, eine ähnliche, sogenannte „enteignungsgleiche regulatorische Eingriffe“ (Regulatory Takings)

betreffende Bestimmung zu verabschieden. Sie wussten: Wäre diese erst einmal verabschiedet, würde die Regulierung zum Stillstand gebracht, weil es sich die Regierung schlicht nicht würde leisten können, die entsprechenden Entschädigungen zu zahlen. Zum Glück schafften wir es damals, diese Initiative zurückzuschlagen – sowohl vor Gericht als auch im US-Kongress.

Nun jedoch versuchen dieselben Gruppen, die demokratischen Prozesse zu umgehen, indem sie derartige Bestimmungen in die Entwürfe von Handelsgesetzen einfügen, deren Inhalt der Öffentlichkeit weitgehend verheimlicht wird (aber nicht den darauf drängenden Konzernen). Nur dank den Medien zugespielter Informationen und Gesprächen mit Regierungsvertretern, die sich stärker den demokratischen Prozessen verpflichtet fühlen, wissen wir, was passiert.

Eine grundlegende Säule des amerikanischen Regierungssystems ist eine unvoreingenommene *öffentliche* Justiz mit im Laufe der Jahrzehnte aufgebauten Rechtsnormen, die auf den Grundsätzen der Transparenz, des Präzedenzrechts und der Möglichkeit, gegen ungünstige Entscheidungen in Berufung zu gehen, beruhen. All dies wird derzeit verworfen, denn die neuen Übereinkommen sehen eine private, intransparente und sehr teure Schlichtung vor. Zudem schafft die Ausgestaltung häufig Interessenkonflikte; so können die Schlichter etwa in einem Fall „Richter“ und in einem verwandten Fall Anwalt sein.

Die Verfahren sind derart teuer, dass sich Uruguay an Michael Bloomberg und andere reiche Amerikaner wenden musste, die sich der Gesundheit verpflichtet fühlen, um sich gegen Philip Morris zur Wehr setzen zu können. Und obwohl die Konzerne Klage einreichen können, können andere das nicht. Wird etwa gegen andere Verpflichtungen – zum Beispiel Arbeits- und Umweltstandards – verstoßen, ist Bürgern, Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Gruppen der Rechtsweg versperrt.

Wenn es je einen einseitigen Mechanismus zu Beilegung von Streitigkeiten gab, der gegen grundlegende Prinzipien verstößt, dann diesen. Dies ist der Grund, warum ich gemeinsam mit führenden US-Rechtsexperten unter anderem der Universitäten Harvard, Yale und Berkeley ein Schreiben an US-Präsident Barack Obama gerichtet habe, das erklärt, wie schädlich für unser Rechtssystem diese

Übereinkommen sind.

Amerikanische Befürworter derartiger Übereinkommen verweisen darauf, dass die USA bisher nur ein paar Mal verklagt wurden und noch keinen einzigen Fall verloren hätten. Allerdings haben die Konzerne gerade erst angefangen, zu lernen, wie sie diese Übereinkommen zu ihrem Vorteil nutzen können.

Und die unterbezahlten staatlichen Anwälte, die versuchen, das öffentliche Interesse zu verteidigen, dürften den hochbezahlten Unternehmensjuristen in den USA, Europa und Japan nicht gewachsen sein. Schlimmer noch: Konzerne in den hochentwickelten Ländern können Tochtergesellschaften in Mitgliedsländern gründen, über die sie dann im eigenen Land investieren und anschließend Klage erheben können, was ihnen einen neuen Kanal eröffnet, Regulierungsbestimmungen zu blockieren.

Wenn es eine Notwendigkeit zum besseren Schutz des Eigentums gäbe, und *wenn* dieser private, teure Mechanismus zur Beilegung von Streitigkeiten einer öffentlichen Justiz überlegen wäre, sollten wir das Gesetz nicht bloß für gut betuchte ausländische Konzerne ändern, sondern auch für unsere eigenen Bürger und Kleinunternehmen. Aber es gibt keinerlei Hinweis, dass dem so wäre.

Regeln und Verordnungen bestimmen über die Art von Wirtschaft und Gesellschaft, in der die Menschen leben. Sie beeinflussen die relative Verhandlungsmacht, mit wichtigen Implikationen für die Ungleichheit, ein weltweit wachsendes Problem. Die Frage ist, ob wir es den reichen Konzernen gestatten sollen, in sogenannten Handelsverträgen versteckte Bestimmungen zu nutzen, um zu diktieren, wie wir im 21. Jahrhundert leben werden. Ich hoffe, dass die Bürger in den USA, Europa und im Pazifikraum diese Frage mit einem lautstarken „Nein“ beantworten werden.

Aus dem Englischen von Jan Doolan

<https://www.project-syndicate.org/commentary/us-secret-corporate-takeover-by-joseph-e--stiglitz-2015-05/german>

© 1995-2015 Project Syndicate